

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
 Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet
 unter: www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 30

vom 20. August 2010

Redaktion: Katja Richardt

Wirtschaft und Hafen

| | |
|---|---|
| Erklärung der Wirtschaftsbehörde zur aktuellen Berichterstattung über die Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe | 2 |
| Hamburgs Anstrengungen zahlen sich aus | 3 |
| Neue Broschüren zu den Arbeitsmarktprogrammen der Wirtschaftsbehörde erhältlich..... | 4 |

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

| | |
|---|---|
| Städtischer Winterdienst künftig aus einer Hand | 6 |
| Mehrkosten für die U4 im Senat bewilligt..... | 7 |
| Ein Jahr Gängeviertel | 8 |

Umwelt und Energie

| | |
|---|----|
| Scoping für Fernwärmeleitung Moorburg..... | 9 |
| Größte Solaranlage einer Hamburger Schule | 10 |

Schule, Jugend und Berufsbildung

| | |
|-----------------------------------|----|
| Neues im Schuljahr 2010/2011..... | 12 |
|-----------------------------------|----|

Wissenschaft und Forschung

| | |
|--|----|
| Erste Internationale Sommerakademie von Senatorin Gundelach eröffnet | 23 |
|--|----|

Kultur

| | |
|--|----|
| Tankstelle aus den 50er Jahren unter Denkmalschutz | 25 |
|--|----|

Ehrung

| | |
|---|----|
| Stolperstein für Dr. Franz Oppens vor dem Haus der Gerichte | 26 |
|---|----|

Zur Information

| | |
|----------------------|----|
| Terminkalender | 28 |
|----------------------|----|

13. August 2010/bwa13

Erklärung der Wirtschaftsbehörde zur aktuellen Berichterstattung über die Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe.

„Die Wirtschaftsbehörde hat keine Erkenntnis darüber, dass sich die Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe um fünf Jahre verzögert. Ebenso ist die Höhe der genannten Kostensteigerung dem Hause nicht bekannt. Im Übrigen sind die geplanten Baumaßnahmen im Altenbrucher Bogen allein Angelegenheit des Bundes.

Die Wirtschaftsbehörde reagiert sehr sensibel auf jeden Anhaltspunkt, der zur Verzögerung des laufenden Verfahrens führen könnte, allein weil uns der gemeinsame Fahrplan mit dem Bund so wichtig ist. Wir werden von uns aus alles für die Einhaltung des Fahrplans tun, selbiges auch das Bundesverkehrsministerium und die Wasserschifffahrtsgesellschaft Nord in Kiel. Nach aktueller Kenntnis der Wirtschaftsbehörde werden zurzeit die Einwendungen zur dritten Planänderung ausgewertet. Der vereinbarte Zeitplan steht danach nicht zur Debatte.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

16. August 2010/bwa16

„Hamburgs Anstrengungen zahlen sich aus“

Wirtschaftssenator Gedaschko zu den positiven Umschlagszahlen des Hamburger Hafens im ersten Halbjahr 2010

Der in der Krise übermäßig stark eingebrochene Containerumschlag schlug allein im Juni mit einem Plus von 16,5 % im Vergleich zum Vorjahresmonat zu Buche. Der Aufschwung im Hafen tritt damit früher ein als erwartet. Für das erste Halbjahr 2010 weist die Umschlagstatistik insgesamt ein Plus von 4,3 Prozent auf insgesamt 3,7 Millionen TEU aus.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Hamburgs jüngste Anstrengungen zur Stärkung des Hafens zahlen sich aus: Container für Container. Anteil am kräftigen Umschlagsplus haben auch die Auswirkungen unserer konzertierten Aktion (HPA, Hafenwirtschaft und Bund) zur Senkung der Hafenkosten sowie die Maßnahmen zur Stärkung der Infrastruktur des Hafens aus Mitteln des Bundeskonjunkturprogramms wie etwa der Ausbau der Hafenbahn. Der Hamburger Hafen ist besser denn je gerüstet für die internationalen Warenströme. Nicht zuletzt bewahrheitet sich auch, was unserer Hamburger Delegation auf ihrer jüngsten Asienreise von Großreedern bestätigt wurde: Der Hamburger Hafen ist und bleibt ein Top-Hafen in Europa. Das Wachstum ist jetzt erfreulicherweise eindrucksvoll in den Hamburger Hafen zurückgekehrt.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

17. August 2010/bwa17

Neue Broschüren zu den Arbeitsmarktprogrammen der Wirtschaftsbehörde erhältlich

Reihe „Hamburger Arbeitsmarktpolitik“ startet mit erster Ausgabe

„Hamburger Modell - Deutschlands erfolgreichstes Kombilohnmodell“ ist das erste Heft der neuen Serie „Hamburger Arbeitsmarktpolitik“. Die Wirtschaftsbehörde wird diese Themenbroschüren künftig regelmäßig veröffentlichen, um über erfolgreiche Programme und Konzepte der Hamburger Arbeitsmarktpolitik zu informieren. Ziel ist es, der Öffentlichkeit einen Einblick in die Entwicklung, Umsetzung und Anwendung arbeitsmarktpolitischer Programme zu geben.

Das erste Heft liefert den Beweis dafür, dass sich das Hamburger Modell bewährt hat: Über 8.000 Arbeitslose profitierten alleine 2009 von diesem bundesweit erfolgreichsten Kombilohnmodell. Knapp 70 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sechs Monate nach Austritt nicht mehr arbeitslos und mindestens 54 Prozent hatten einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Auch das unabhängige Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat das Hamburger Modell für besonders erfolgreich befunden: Entscheidend für den Erfolg seien die Kombination von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberzuschüssen sowie die transparente und einfache Ausgestaltung des Modells.

„Mein Ziel war und ist es, innovativen Ideen und Konzepten den notwendigen Raum zu lassen, um so den Herausforderungen des Arbeitsmarktes zu begegnen“, **so Wirtschafts-senator Gedaschko.**

Die nächsten Themenhefte werden die Bereiche Kleinkredit für Existenzgründer, Migranten, Jugendliche und Stadtentwicklung behandeln. Hier wird gezeigt, welche arbeitsmarktpolitischen Veränderungen durch die Behörde bereits in der Vergangenheit umgesetzt werden konnte. Trotzdem befindet sich die Arbeitsmarktpolitik der Freien und Hansestadt Hamburg zurzeit in einer Phase des Umbruchs und steht während der verfassungsrechtlich notwendigen Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaften vor großen Herausforderungen.

Die Broschüre ist auf der Homepage der Behörde für Wirtschaft und Arbeit zum kostenlosen Download bereitgestellt. Sie kann auch in der Behörde für Wirtschaft und Arbeit bestellt werden.

Kontaktmöglichkeit

Abteilung Grundsatzfragen der Arbeitsmarktpolitik der Behörde für Wirtschaft und Arbeit
Jörg-Michael Rösner

Alter Steinweg 4

20459 Hamburg

Tel.: 040 428 41 4082

Fax: 040 428 41 2954

E-Mail: Joerg-Michael.Roesner@bwa.hamburg.de

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

16. August 2010/bsu16

Städtischer Winterdienst künftig aus einer Hand

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt überträgt Winterdienst der Bezirke auf die Stadtreinigung

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) hat die Stadtreinigung Hamburg (SRH) beauftragt, im kommenden Winter neue Aufgaben bei der Schnee- und Eisbeseitigung auf Gehwegen von den Bezirken zu übernehmen. Damit soll der städtische Winterdienst weitestgehend in einer Hand liegen und effektiver werden. Für den Winterdienst auf Gehwegen vor und auf dem eigenen Grundstück bleiben die Anlieger verantwortlich.

Senatorin Anja Hajduk: „Der vergangene Winter hat Schwächen des bisherigen Winterdienstkonzepts offensichtlich gemacht. Um die Zersplitterung der Zuständigkeiten zu beenden, will ich die städtischen Winterdienstaufgaben bei der Stadtreinigung bündeln. Die Stadtreinigung organisiert seit Jahren erfolgreich den Winterdienst auf den Fahrbahnen der Hauptverkehrsstraßen und hat die nötige Erfahrung im Management privater Winterdienstfirmen. Ich bin froh, dass über die Entscheidung Einvernehmen mit den Leitern aller Bezirksämter besteht. Damit die Umstellung rechtzeitig und reibungslos klappt, benötigen wir die Mithilfe aller Bezirke.“

Mit dem Auftrag an die SRH ist eine wichtige Weiche für spürbare Verbesserungen im Winterdienst schon in der bevorstehenden Winterdienstsaison gestellt. Parallel erarbeitet die Umweltbehörde gemeinsam mit den Bezirksämtern, der SRH und der HOCHBAHN weitere Verbesserungen im Winterdienst. So sollen Eis und Schnee im Bereich der Haltestellen von Bus und Bahn wirksamer als bisher bekämpft werden. Außerdem sollen die Anliegerinnen und Anlieger besser über ihre Pflicht zum Räumen und Streuen auf dem eigenen Gehweg informiert werden.

Über Einzelheiten soll die Bürgerschaft im Herbst informiert werden. Die BSU wird zur Verbesserung des Winterdienstes auch rechtliche Anpassungen im Hamburgischen Wegegesetz vorschlagen, die allerdings erst zum Winter 2011/2012 wirksam werden können.

Senatorin Hajduk: „Entscheidend ist, dass wir schon im kommenden Winter zu spürbaren Verbesserungen kommen. Die Stadtreinigung bereitet sich deshalb in enger Abstimmung mit uns und den bislang zuständigen Bezirken mit Hochdruck auf ihre neuen Aufgaben vor.“

Kontakt: Behörde f.Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, 040-428.40-3249 oder -3063, - 2051, 2058, volker.dumann@bsu.hamburg.de

17.08.2010/bsu17

Mehrkosten für die U4 im Senat bewilligt

Die Hochbahn hat Ende 2009 für den Bau der U-Bahnlinie 4 vom Jungfernstieg zur Hafencity einen Mehrbedarf angemeldet und bekannt gemacht. Einschließlich einer Risikoreserve von 13,65 Millionen Euro beläuft sich das zusätzliche Volumen auf 39,25 Millionen Euro. Der Senat hat nach gründlicher Prüfung dieses Bedarfs heute beschlossen, die Bürgerschaft um die Bewilligung von zusätzlichen Mitteln in dieser Höhe zu bitten.

Im Bau- und Finanzierungsvertrag mit der Hamburger Hochbahn AG (HOCHBAHN) waren für die neue, etwa 4,2 km lange U-Bahnstrecke in die Hafencity Baukosten in Höhe von 288,75 Millionen Euro als Obergrenze festgelegt worden. Die HOCHBAHN, die vertraglich auch eigenverantwortlich für die Steuerung und Kostenkontrolle des Vorhabens ist, hat eine Aufstockung des Betrages auf 328 Millionen Euro inklusive Reserve beantragt. Nicht enthalten sind darin direkt bei der FHH anfallenden Kosten in Höhe von 11,18 Millionen Euro.

Die Mehrkosten beruhen im Wesentlichen auf unvorhersehbaren Hindernissen im Baugrund, gegenüber den Kostenschätzungen höheren Ausschreibungsergebnissen und baugrundbedingten nachträglichen technischen Anpassungen der Planung, der Verfahrenstechnik und des Bauverfahrens. Diese schon eingetretenen oder konkret erwarteten Mehrkosten belaufen sich auf 25,6 Millionen Euro. Für die noch ausstehenden Bauleistungen wurde zudem aufgrund einer differenzierten Risikobewertung die oben genannte Reserve in Höhe von 13,65 Millionen Euro eingestellt.

Die Mehrkosten sind beim Bund zur Förderung über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz angemeldet. Es ist damit zu rechnen, dass der Bund etwas mehr als die Hälfte der Zusatzkosten übernehmen wird.

Rückfragen: Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

20. August 2010/bsu20

Ein Jahr Gängeviertel

Hajduk: „Ein großer Gewinn für Hamburg“

Ein Jahr ist es her, dass Künstler das Gängeviertel in Hamburgs Innenstadt besetzt haben. Es folgten intensive Verhandlungen mit allen Beteiligten. Die Stadt kaufte das historische Quartier von dem damaligen Investor zurück und erarbeitet derzeit zusammen mit der Gängeviertel-Initiative ein neues Entwicklungskonzept.

Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk sieht das Gängeviertel auf einem guten Weg: „Die Entwicklung im Gängeviertel ist ein großer Gewinn für Hamburg. Wir haben die Chance, zusammen mit der Initiative das Viertel dauerhaft zu einem offenen kreativen und lebendigen Ort in der Innenstadt zu entwickeln. Auch die Debatte um Stadtentwicklung, die wir weit über Hamburgs Grenzen hinaus im letzten Jahr rund um das Thema Gängeviertel geführt haben, ist ein großer Gewinn für die Stadt. Dies ist nur möglich gewesen, weil die Beteiligten in der Initiative und den Behörden von Anfang an offen und konstruktiv zusammengearbeitet haben.“

Derzeit erarbeitet die Stadt zusammen mit der Initiative ein neues Entwicklungskonzept für das Gängeviertel. Dies soll unter anderem die künftige Nutzung und die Rolle der Nutzer klären und einen ersten Finanzierungsplan für die anstehende Sanierung der Gebäude enthalten. Es ist geplant, im Gängeviertel eine Mischung aus Wohnen, Ateliers und geeigneter gewerblicher Nutzung, insbesondere im kunstnahen Bereich und Gastronomie zu ermöglichen. Die historischen Gebäude sollen soweit möglich erhalten bleiben und denkmalgerecht saniert werden. Ende Oktober soll es eine Senatsentscheidung über das neue Entwicklungskonzept geben. Die ersten Gebäude sollen Ende 2011 saniert sein. Insgesamt dauert die Sanierung voraussichtlich vier Jahre.

Rückfragen: Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

19. August 2010/bsu19

Scoping für Fernwärmeleitung Moorburg

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt leitet Verfahren ein

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) wird in den nächsten Wochen den voraussichtlichen Untersuchungsrahmen für eine Umweltverträglichkeitsprüfung zur Vattenfall-Fernwärmeleitung festlegen. Dazu hat die BSU jetzt ein sogenanntes Scoping-Verfahren eingeleitet. Im Rahmen dieses Scopings informiert die BSU als Genehmigungsbehörde Fach-Behörden und weitere Beteiligte wie Naturschutzverbände über die jetzt von der Vattenfall Europe Wärme AG Vattenfall geplante Umweltverträglichkeitsuntersuchung für eine Fernwärmeleitung vom Kraftwerk Moorburg zur Pumpstation Haferweg in Altona.

Im Rahmen eines besonderen internen Scoping-Termins Anfang September bekommen dann alle Beteiligten (Träger öffentlicher Belange, wie z.B. HamburgWasser, Bezirke, Fachämter der BSU, anerkannte Naturschutzverbände) Gelegenheit, ihrerseits wichtige Informationen für die BSU vorzutragen und aus ihrer Sicht notwendige Untersuchungen zu benennen. Auf Basis dieses Scopings wird die BSU den voraussichtlichen Untersuchungsrahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung festlegen. Vattenfall reicht dann im nächsten Schritt die geforderten Unterlagen im Planfeststellungsverfahren bei der BSU ein.

Hintergrund: Zwar hatte Vattenfall die Plangenehmigung für den Bau der geplanten Fernwärmeleitung zwischen Moorburg und der Pumpstation Haferweg im Juni 2009 erhalten, sie ist aber durch ein anhängiges Klageverfahren nicht rechtskräftig. Wesentliche Begründung dafür war die fehlende Beteiligung der Öffentlichkeit im Genehmigungsverfahren. Im Hinblick auf die ungewisse Dauer und den Ausgang des Klageverfahrens hat sich Vattenfall nunmehr entschlossen, ein Planfeststellungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung und somit auch mit Öffentlichkeitsbeteiligung einzuleiten. Darüber hat Vattenfall vor kurzem die BSU informiert. Als zuständige Behörde muss die BSU für diese Umweltverträglichkeitsprüfung den voraussichtlichen Untersuchungsrahmen festlegen.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

20. August 2010/bsb20

Größte Solaranlage einer Hamburger Schule

Bildungssenatorin Christa Goetsch weihte neue Photovoltaik-Anlage der Beruflichen Schule für Wirtschaft und IT City Nord (H7) ein

Hamburgs Schulen betreiben aktiv Klimaschutz. Aktuelles Beispiel dafür ist die neue Photovoltaik-Anlage auf dem Sporthallendach der Beruflichen Schule für Wirtschaft und IT City Nord (H7). Es ist die erste Dünnschichtsolaranlage und die bisher größte, die auf einem Hamburger Schuldach installiert wurde. Zugleich ist es eine der größten Anlagen auf einem öffentlichen Gebäude im gesamten norddeutschen Raum. **Bildungssenatorin Christa Goetsch** nahm sie heute durch Einschalten der Leistungsanzeige in der Pausenhalle symbolisch in Betrieb.

Christa Goetsch: „Die H7 setzt ein Zeichen, dass die Schülerinnen und Schüler Tag für Tag erkennen: Andere Formen der Energiegewinnung sind technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll. Dieses Thema wird sich deshalb auch in vielen Unterrichtsfächern wie Naturwissenschaften, Wirtschaft, Politik und EDV widerspiegeln.“

Die neue Photovoltaik-Anlage – ein Beitrag für den Klimaschutz

Die Solaranlage wurde im Rahmen einer Dachsanierung auf der Dreifeld-Sporthalle der Schule installiert. Mit einer Nutzfläche von ca. 830 m² Solarzellen und einer Leistung von ca. 40 KWp verhindert sie Emissionen von über 27.000 kg CO₂ pro Jahr. Die Anlage trägt damit deutlich zum Hamburger Klimaschutz bei. Die Planungs- und Bauzeit betrug 18 Monate. Die Anlage wurde zu 90 Prozent aus Mitteln des Konjunkturprogramms II und zu 10 Prozent aus Eigenmitteln der Schule finanziert. Aus den jährlichen Stromerträgen erhält die Schule 20 Prozent. Die restlichen 80 Prozent gehen in einen Fond der Behörde für Schule und Berufsbildung, aus dem weitere regenerative Energieerzeugungsanlagen an Schulen bezuschusst werden.

Ökologische, wirtschaftliche und pädagogische Gesichtspunkte sprachen für eine solche Anlage. Mit regenerativen Energiequellen leistet die Schule einen aktiven Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung, CO₂-Vermeidung und Minderung des Treibhauseffektes.

Als Handelsschule erfahren die Schülerschaft und das Kollegium: Regenerative Energien und Klimaschutz rechnen sich. Denn der Amortisierungszeitraum beträgt ca. 12 Jahre bei einer Laufzeit von 20 Jahren. Zudem ist die riesige Photovoltaik-Anlage ein weithin sichtbares Signal, dass für diese Schule der Klimawandel, der Umweltschutz und die Nutzung von Solarenergie eine wichtige Aufgabe sind.

Rückfragen:

Melanie Nickel

stellv. Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung

T. 040 42863 -3497

F. 040 4279 66 -148

E. melanie.nickel@bsb.hamburg.de

17. August 2010/bsb17

Kleine Klassen, Stadtteilschulen, Ganztagschulen und mehr Integration Neues im Schuljahr 2010/2011

Bildungssenatorin Christa Goetsch hat heute einen Ausblick auf das kommende Schuljahr gegeben und die Neuerungen an Hamburgs Schulen vorgestellt. „Kleinere Klassen in den Grundschulen, die Einführung der neuen Schulform Stadtteilschule, weitere Ganztagschulen, individuelle Förderung statt Klassenwiederholung, das sind nur einige der vielen Verbesserungen, die im kommenden Schuljahr umgesetzt werden“, sagte Christa Goetsch. Ebenfalls im neuen Schuljahr beginnen der Englischunterricht ab der 1. Klasse, Verbesserungen im Übergang von der Schule in den Beruf und die Gründung Regionaler Bildungskonferenzen. „Diese Schritte zu einem leistungsfähigeren und gerechteren Schulsystem bleiben auch ohne die Einführung der Primarschule wichtig und sinnvoll“, betonte die Bildungssenatorin. Besonders hob Christa Goetsch hervor, dass mit diesem Schuljahr auch die Umsetzung der UN-Konvention zur Gleichstellung von Behinderten beginnt, nach der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf das uneingeschränkte Recht haben, an einer Regelschule unterrichtet zu werden: „Diese Kinder gehören dazu und ich freue mich, dass sie in Zukunft auch das Recht haben werden, gemeinsam mit allen anderen in die Schule zu gehen.“

Zur Organisation des Schulanfangs, nachdem die geplante Einführung der Primarschule an einem Volksentscheid gescheitert ist, erklärte die Bildungssenatorin: „Alles startet in diesem Schuljahr so wie geplant. Alle Schülerinnen und Schüler haben den Schulplatz, der ihnen vor den Ferien zugesagt wurde. Mit den Schulleitungen haben wir alle Regelungen und Verfahren wegen der nun notwendigen Änderungen besprochen. Die Schulen und die Schülerinnen und Schüler können gut in das neue Schuljahr starten.“

Kleine Klassen

An den Grundschulen werden die Klassen auf maximal 23 Schülerinnen und Schüler verkleinert, in benachteiligten Stadtteilen auf maximal 19. Begonnen wird in diesem Schuljahr mit den ersten Klassen.

Stadtteilschulen

Ab dem Schuljahr 2010/2011 starten 51 Stadtteilschulen. Es beginnt zunächst die siebte Jahrgangsstufe mit dem Unterricht nach den neuen Bildungsplänen für die Stadtteilschule.

Dieser wird dann schrittweise bis zum Schuljahr 2013/14 vollständig in allen Jahrgangsstufen eingeführt wird. Stadtteilschulen umfassen künftig die Jahrgangsstufen 5 bis 13. Sie bieten die Möglichkeit, zu allen Schulabschlüssen bis hin zum Abitur zu gelangen. Sie bereiten auf die Aufnahme eines Studiums genauso vor wie auf den Übergang in eine Berufsausbildung. Wichtige Elemente der Stadtteilschule sind:

- das individualisierte und praxisorientierte Lernen auf allen Anforderungsniveaus,
- die verbindliche Kooperation mit beruflichen Schulen,
- das lange Offenhalten des individuell erreichbaren Abschlusses.

An 12 Stadtteilschulen werden neue eigenständige Oberstufen eingerichtet mit Jahrgangsstärken von bis zu 90 Schülerinnen und Schülern. In diesem Schuljahr beginnt die 11. Klasse, die die Schülerinnen und Schüler inhaltlich und methodisch auf den Besuch der Studienstufe vorbereitet.

15 Ganztagsgrundschulen

Im nächsten Schuljahr werden insgesamt 15 Ganztagsgrundschulen eingerichtet (fünf offene, zwei teilgebundene und drei gebundene Ganztagsgrundschulen sowie an fünf Standorten Ganztagsgrundschulen in Kooperation mit benachbarten Horten). An 11 weiteren Grundschulen ist die Einführung der Ganztätigkeit für das Schuljahr 2011/12 geplant.

Individuelle Förderung statt Klassenwiederholung

Gemäß den Übergangsregelungen des Hamburgischen Schulgesetzes startet das Konzept „Individuelle Förderung statt Klassenwiederholung“ im Schuljahr 2010/11 planmäßig in den Jahrgangsstufen 4 und 7. Wenn eine Schülerin oder ein Schüler die Leistungsanforderungen in einem oder mehreren Fächern nicht erfüllt, schließt die Schule mit ihm oder ihr unter Einbeziehung der Sorgeberechtigten eine Lern- und Fördervereinbarung. Darin werden die Maßnahmen zusätzlicher individueller Förderung und die Verpflichtungen der Schule und der Schülerin bzw. des Schülers festgelegt.

Integrative Beschulung von Kindern mit Förderbedarf

Das geltende Schulgesetz gibt Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf erstmals das uneingeschränkte Recht, allgemeine Schulen zu besuchen. Die Übergangsregelung sieht vor, dass dies in diesem Schuljahr beginnend mit den 1. und 5. Klassen umgesetzt wird. Im kommenden Schuljahr werden insgesamt 746 Schülerinnen und Schüler integrativ beschult, 329 Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe 1 und 417 Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe 5, davon 119 an Starterschulen und 10 an Gymnasien.

Die Schulen erhalten für diese Kinder zusätzlich rund 71 Lehrerstellen und 15 Stellen für pädagogisch-therapeutisches Personal. Im Schuljahr 2010/11 wird es insgesamt 79 neue Integrationsstandorte geben. Im Jahrgang 1 sind 46 neue Standorte vorgesehen, 30 davon mit drei und mehr Schülerinnen und Schülern sowie 16 mit Einzel- oder Zweierintegration. Im Jahrgang 5 wird es 33 neue Standorte geben, 22 davon mit drei und mehr Schülerinnen und Schülern sowie 11 mit Einzel- oder Zweierintegration. Für die neuen Integrationsstandorte bietet das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung ein Fortbildungsprogramm an, Begleitung und individuelle Beratung stehen zur Verfügung.

Englisch ab Klasse 1

Wie geplant wird das Fach Englisch ab der 1. Jahrgangsstufe zum Schuljahr 2010/11 flächendeckend in Hamburg eingeführt, so dass der Unterricht erstmalig allen Hamburger Schülerinnen und Schülern erteilt wird. Damit wird einem Wunsch vieler Eltern entsprochen, in der Schule nahtlos an erste gewonnene Erfahrungen in der Fremdsprache in Vorschule oder Kita anzuknüpfen. Die Lehrkräfte an Grundschulen werden seit Jahren in mehrtägigen Kompaktseminaren am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung für diese Aufgabe qualifiziert.

Regionale Bildungskonferenzen

Auf der Grundlage des § 86 Hamburgisches Schulgesetz werden ab Herbst 2010 Regionale Bildungskonferenzen ihre Arbeit aufnehmen. Das Konzept wurde behördenübergreifend unter Einbeziehung der sieben Bezirke, der Fachbehörden BSB, BSG, BSU, BKSM und der Senatskanzlei erarbeitet. Ziel der Bildungskonferenzen ist es, ein an den Bedürfnissen der Familien ausgerichtetes Bildungs-, Beratungs-, und Erziehungsangebot in der Region sicherzustellen und ressortübergreifend die Kräfte in den Bereichen Bildung, Beratung und Erziehung einer Region zu vernetzen.

Rückfragen:
Brigitte Köhnlein
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
040.42863.2003
0172.4247071
brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

Anhang zur Pressemitteilung Schuljahresanfang 2010/2011

1. Zahlen

1.1. Zahl der Schulen

Im neuen Schuljahr gibt es insgesamt 430 Schulen, davon 363 staatliche und 67 nicht staatliche Ersatzschulen. **Dabei ist zu berücksichtigen, dass voraussichtlich nicht alle nach Schulentwicklungsplan vorgesehenen Fusionen auch tatsächlich umgesetzt werden. Deshalb sind diese Zahlen nur vorläufig.**

| | Staatliche Schulen | Nichtstaatliche Schulen | Gesamt |
|----------------------------------|--------------------|-------------------------|--------|
| Allgemeinbildende Schulen | 318 | 52 | 370 |
| Berufliche Schulen | 45 | 15 | 60 |
| Gesamt | 363 | 67 | 430 |

1.2. Schülerzahlen

Voraussichtliche Zahl der Schülerinnen und Schüler ¹⁾²⁾

| | Plan 2010/11 | IST 2009/10 | Diff. absolut | Diff. in % |
|----------------------------------|----------------|----------------|---------------|-------------|
| Staatliche Schulen | | | | |
| Allgemeinbildende Schulen | 162.300 | 164.800 | -2.500 | -1,5 |
| Berufliche Schulen | 58.800 | 58.800 | +/-0 | +/-0 |
| Zusammen | 221.100 | 223.600 | -2.500 | -1,1 |
| Nichtstaatliche Schulen | | | | |
| Allgemeinbildende Schulen | 19.100 | 19.200 | -100 | -0,5 |
| Berufliche Schulen ³⁾ | . | 1.900 | . | |
| Zusammen | . | 21.100 | . | |

| | | | | |
|------------------|---|----------------|--|--|
| Insgesamt | . | 244.700 | | |
|------------------|---|----------------|--|--|

- 1) Die endgültige Zahl der Schülerinnen und Schüler liegt erst mit der Herbststatistik 2010 vor.
- 2) Einschließlich Schülerinnen und Schüler, die ins Ausland beurlaubt sind.
- 3) Prognosedaten für die nichtstaatlichen beruflichen Schulen liegen nicht vor.

1.3 Vorschulkinder und Erstklässler

Voraussichtliche Zahl der Schülerinnen und Schüler ab August 2010:

| | Plan 2010/11 | IST 2009/10 | Diff. absolut | Diff. in % |
|--|--------------------------------|--------------------------------|-----------------------------|------------|
| Staatliche Schulen | | | | |
| Vorschulklassen | 358 Klassen / 7.300 Schüler | 328 Klassen / 6.400 Schüler | +30 Klassen +900 Schüler | + 14,1 |
| Klassenstufe 1 | 12.800 | 12.200 | + 600 | + 4,9 |
| Nicht staatliche Schulen | | | | |
| Vorschulklassen | ca. 600 | 630 | -30 | -4,8 |
| Klassenstufe 1 (einschl. Sonderschulen) | ca. 2.100 | 2.060 | +40 | +1,9 |

1.4 Jahrgangsstufe 5

Die voraussichtliche Zahl der Schülerinnen und Schüler in Jahrgangsstufe 5 der staatlichen Schulen (Basis: vorläufige Schülerprognose, korrigiert durch die Anmeldezahlen in den Eingangsklassen):

| | Plan 2010/11 | IST 2009/10 |
|-----------------------------------|---------------|---------------|
| Starterschulen | 870 | - |
| Grund-, Haupt- und Realschulen | - | 1.800 |
| Gymnasien | 6.700 | 6.800 |
| Stadtteilschulen | 5.500 | - |
| Gesamtschulen | - | 4.500 |
| Insgesamt | 13.070 | 13.100 |

1.5 Lehrerbzahlen

1.5.1 Neueinstellungen und Personalversorgung an staatlichen Schulen

- Zum 31.12.2009 waren **15.873** Lehrerinnen und Lehrer beschäftigt (2008: 15.486).
- Zum Schuljahresbeginn wurden bisher 585 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt.
- Am 31.10.2010 beenden ca. 240 Referendarinnen und Referendare in Hamburg ihren Vorbereitungsdienst.
- Zum 01.11.2010 sind derzeit weitere ca. 176 Einstellungen geplant. Insgesamt sind also 761 Lehrkräfte in vollzogener bzw. beabsichtigter Einstellung.

1.5.2 Pensionierungen

2009/10 sind bisher 484 Lehrkräfte aus Altersgründen ausgeschieden. 2010/11 werden es 590 bis 630 sein. In den Jahren 2012 bis 2014 werden nach derzeitiger Prognose 2.641 Lehrkräfte aus Altersgründen den Schuldienst verlassen (2012 = 814; 2013 = 917; 2014 = 910).

Insgesamt ist die Bewerbungssituation für den Lehrerberuf in Hamburg positiv. Allein im Schuljahr 2009/10 gingen 1.955 Bewerbungen für Stellen im Schuldienst ein. In den Vorbereitungsdienst können bevorzugt Referendarinnen und Referendare mit Mangelfächern eingestellt werden. Zudem können Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger mit einem Universitätsabschluss in Physik in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien aufgenommen werden. Eine entsprechende Regelung gibt es für das Lehramt Berufliche Schulen in den Fachrichtungen Metalltechnik und Elektrotechnik.

1.5.3 Klassenfrequenzen im Schuljahr 2010/11

Die ersten Klassen der Grundschulen sollen nicht mehr als 19 bzw. 23 Schülerinnen und Schüler haben. Für Grundschulen in sozial benachteiligten Gebieten gilt in der Klassenstufe 1 eine Basisfrequenz von 17; in den Klassenstufen 2 bis 4 liegt die Basisfrequenz bei 18. In allen übrigen Grundschulen gilt in der Klassenstufe 1 die Basisfrequenz 21, in der Klassenstufe 2 liegt die Basisfrequenz bei 23 und in den Klassenstufen 3 bis 4 bei 24. Die Basisfrequenz gibt an, wie viele Schülerinnen und Schüler zu einer Klasse gehören müssen, um den Grundunterricht nach Stundentafel erteilen zu können.

2. Entwicklung der Schul- und Unterrichtsqualität

2.1 Lernstandserhebungen

Zum vierten Mal werden im Schuljahr 2010/11 an allen Hamburger Schulen flächendeckend Lernstandserhebungen in den dritten, sechsten und achten Klassen durchgeführt. Im Februar und März 2011 werden die Lernstände in den sechsten und achten Klassen in den

Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch (bzw. auch erste Fremdsprache Französisch in den achten Klassen) erhoben, im Mai in den dritten Klassen in Mathematik und Deutsch.

2.2 Lernausgangslagen

Die Schulen können zudem die Lernausgangslagen ihrer Schülerinnen und Schüler in den ersten, fünften und siebten Klassen erheben. Dieses freiwillige Angebot wird in diesem Schuljahr von 107 Grundschulen für die 1. Klassen, an 101 Schulen für die 5. Klassen und an 76 Schulen für die 7. Klasse wahrgenommen. Auch im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), dem Ausbildungsvorbereitungsjahr (AVJ) und in den teilqualifizierenden Berufsfachschulen (BFS-tq) werden in diesem Jahr wieder die Lernausgangslagen und Lernentwicklungen festgestellt.

2.3 Evaluation der Profileroberstufe

An einer repräsentativen Stichprobe von Oberstufenschülerinnen und Oberstufenschülern werden Anfang des Schuljahrs zu Beginn der Studienstufe ausgewählte Kompetenzen und Einstellungen erfasst. Diese Erhebung ist Baustein einer längsschnittlich angelegten Evaluation der Profileroberstufe und soll Hinweise darauf liefern, ob die Neugestaltung der Oberstufe das Ziel einer erhöhten Studierfähigkeit erreicht.

2.4 Aufbau eines regionalisierten Bildungsmonitorings

Das Institut für Bildungsmonitoring unterstützt den Prozess der Regionalisierung und räumlichen Vernetzung der Bildungsangebote durch die Bereitstellung schul- und regionalbezogener Schülerdaten und durch entsprechende Auswertungen. Kleinräumige Daten zu den Familiensprachen der Schülerinnen und Schüler, zur Schulformwahl in der Sekundarstufe I und zu den Bildungsabschlüssen werden im Sozialmonitoring des behördenübergreifenden Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) zur Verfügung gestellt.

2.5. Sprachförderung

Vorschulische Sprachförderung

Im Rahmen der Viereinhalbjährigen-Vorstellung, die von November 2009 bis Mitte Januar 2010 stattfand, wurden mit Stand vom 14.04.2010 insgesamt 1360 Kinder mit einem ausgeprägten Sprachförderbedarf diagnostiziert. Für diese Kinder werden im Schuljahr 2010/11 165 regionale Sprachfördergruppen eingerichtet, in denen sie ein Jahr vor Beginn ihrer Schulpflicht ergänzend zum verpflichtenden Besuch einer Vorschulklasse oder Kindertagesstätte am Nachmittag Sprachförderung im Umfang von vier Wochenstunden

erhalten. Diese zusätzliche vorschulische Sprachförderung hat sich als effektiv erwiesen. Für die vorschulische Sprachförderung sind ab dem 01.08.2010 23 Stellen bereitgestellt.

Schulische Sprachförderung

Im Schuljahr 2008/09 wurden insgesamt 20.101 Hamburger Kinder und Jugendliche in 303 Schulen im Rahmen der schulischen Sprachförderung in zusätzlicher Lernzeit gefördert. Das sind 17,2 Prozent aller Schülerinnen und Schüler von den Vorschulklassen bis zur Klasse 10. Das Verhältnis von Jungen zu Mädchen beträgt 59:41. Rund 36 Prozent konnten nach einem Jahr Förderung wieder aus dieser Förderung entlassen werden, da ihre Sprachkompetenzen deutlich gestiegen waren. Für die zusätzliche schulische Sprachförderung stehen im Schuljahr 2010/11 326 Stellen bereit.

In Zukunft sollen Schulen und Kindertagesstätten bei der Sprachförderung enger zusammenarbeiten. Zum Schuljahresbeginn 2010/11 startet deshalb ein dreijähriges **Kooperationsprojekt** der Behörde für Schule und Berufsbildung und der Behörde für Familie, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz mit 18 Schulen und 30 kooperierenden Kindertageseinrichtungen. Ziel ist es, eine diagnosegestützte durchgängige Sprachbildung am Übergang vom Elementar- in den Primarbereich weiter zu entwickeln und zu erproben. Das Projekt wird als FörMig-Transfervorhaben vom FörMig-Kompetenzzentrum der Universität Hamburg wissenschaftlich begleitet.

„**Family Literacy**“ (FLY) zielt auf die Sprachförderung der Kinder durch die Eltern, die Stärkung des familiären Leseverhaltens (Literalitätsförderung) sowie die Stärkung der Beteiligung von Eltern am schulischen Geschehen ab. Das Landesinstitut für Schulentwicklung und Lehrerbildung wurde dafür mit dem UNESCO King Sejong Literacy Preis 2010 ausgezeichnet, der am 8. September in Paris verliehen wird. Im Schuljahr 2010/11 können in Hamburg 27 Standorte in 43 Family-Literacy-Kursen mit einer Anschubfinanzierung arbeiten, an 34 Standorten werden 65 Kurse mit Mitteln aus den schulischen Sprachförderressourcen weitergeführt.

Am diesjährigen **TheaterSprachCamp** haben in den Sommerferien 268 Kinder teilgenommen. Auch 2011 wird es wieder ein TheaterSprachCamp für bis zu 280 Drittklässler mit Sprachförderbedarf geben. Die Kinder verbringen drei Ferienwochen in einem norddeutschen Schullandheim; sie werden dort von Schul-, Theater- und Freizeitpädagogen betreut.

2.6 Fortbildung

Schwerpunkte der Fortbildung im kommenden Schuljahr sind die Ausrichtung des Unterrichts auf Individualisierung und auf besseren Kompetenzerwerb aller Schülerinnen und Schüler. Themen dazu sind u.a. die Umsetzung der neuen Bildungspläne, Englisch ab Klasse 1, die

Arbeit mit Lernvereinbarungen, Lernentwicklungsgesprächen sowie die Verbesserung der beruflichen Orientierung insbesondere in den Stadtteilschulen.

2.7. Weiterentwicklung der Gymnasien

Der erste achtjährige Bildungsgang an den Gymnasien hat in Hamburg im Sommer 2010 das Abitur abgelegt. In den kommenden Schuljahren geht es darum, an allen Gymnasien die Strukturmerkmale des weiterentwickelten Gymnasiums zu realisieren:

- selbstständiges Lernen und Arbeiten,
 - vertiefte fachliche Bildung, fächerverbindendes Denken und themenorientiertes Arbeiten.
- Folgende Veränderungen beginnen in diesem Schuljahr mit der Jahrgangsstufe 7: Die neue Stundentafel gibt Gestaltungsräume für die Einrichtung von Studienzeiten, Lernateliers und regelmäßigen Projektphasen, in denen fächerübergreifend und verstärkt individualisierend gearbeitet wird. Der Aufbau von Klassen- und Jahrgangsteams verstärkt die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen den Lehrkräften. Klassenwiederholungen und Schulformwechsel werden durch eine verstärkte Frühdiagnostik und eine intensive individuelle Förderung und Beratung vermieden. Die Lehrkräfte des Klassenteams schließen Lernvereinbarungen mit einzelnen Schülerinnen und Schülern. Die neuen Rahmenpläne sind kompetenzorientiert, das Landesinstitut unterstützt die Gymnasien bei der Erstellung der schulinternen Curricula.

2.8 Starterschulen

Alle Starterschulen können wie geplant mit ihren 5. Klassen beginnen. Mit den Eltern der Fünftklässlerinnen und Fünftklässler an den Starterschulen ist zum 1. August ein Schulverhältnis begründet worden, das den Besuch der dort eingerichteten 5. Klassen beinhaltet. Auf dieses Schulverhältnis bezieht sich der Vertrauensschutz, der diesen Eltern nicht verwehrt werden darf. Es steht den Eltern aber frei, sich anders zu entscheiden und ihr Kind nunmehr an einer weiterführenden Schule anzumelden. **Die Behörde wird ab dem 17. August 2010 für alle Eltern der Starterschulkinder Beratung und Unterstützung über eine zentrale Telefonnummer in der Schulbehörde anbieten.**

2.9 Berufsorientierung an Stadtteilschulen und Gymnasien

Im Schuljahr 2010/11 werden die Stadtteilschulen und Gymnasien die neuen behördlichen Rahmenvorgaben der Berufs- und Studienorientierung umsetzen.

Ab dem Schuljahr 2010/11 startet die neue verbindliche Berufsorientierung in den 9. und 10. Abschlussklassen der zukünftigen Stadtteilschulen in Kooperation mit den berufsbildenden Schulen. Außerdem beginnt die Erprobung der Berufsorientierung in den 8. Klassen an

insgesamt sechs Schulen der ausgewählten Modellregionen Billstedt-Horn, Elbinseln und Lurup/Osdorf.

2. 10 Kontingentsturentafeln

Im kommenden Schuljahr wird erstmals in den Jahrgangsstufen 1, 4 und 7 aller Schulformen auf der Basis von Kontingentsturentafeln gearbeitet werden, die festlegen, wie viele Stunden Unterricht Schülerinnen und Schüler insgesamt erhalten und wie viele Stunden in bestimmten Fächern mindestens erteilt werden müssen. Diese gestatten es den Schulen, eine schuleigene Sturentafel zu entwickeln und die verfügbare Lernzeit so einzusetzen, wie es für die Erreichung der in den Bildungsplänen vorgegebenen Ziele den Bedürfnissen ihrer jeweiligen Schülerschaft entspricht. Die Schulen wurden seit letztem Herbst durch zahlreiche Anwendungsbeispiele mit den dadurch entstehenden Gestaltungsmöglichkeiten vertraut gemacht.

3. Schulbau

Das Ergebnis des Volksentscheids erfordert eine erneute Überarbeitung der Bauplanung. Diese erfolgt parallel zur Überarbeitung des Schulentwicklungsplans, der in der Deputation für den 8. Dezember beschlossen werden soll. Über das Verfahren zur Erarbeitung einer neuen Standortplanung werden die Schulen und die Gremien zu Beginn des Schuljahres informiert.

Unverändert durchgeführt wird die Aufstellung mobiler Klassenräume. Diese sind wegen der Verkleinerung der Klassen oder wegen bereits vor der Reform vorhandener Raumdefizite nötig. In einigen Standorten werden damit Umbauphasen an Schulen überbrückt. Ebenfalls durchgeführt werden Maßnahmen des Hamburger Konjunkturprogramms und des Bundeskonjunkturprogramms. Dazu gehören auch die Ausstattung der Grundschulen mit NT-Fachräumen, neue Sporthallen oder neu gestaltete Gemeinschaftsflächen.

4. Berufliche Bildung

4.1 Pilotierung der neuen Ausbildungsvorbereitung (AV)

Bereits ab dem 1. August 2010 werden in zwei berufsbildenden Schulen jeweils 48 Schülerinnen und Schüler im Rahmen der neuen Ausbildungsvorbereitung (AV) anschlussorientiert gefördert. Die neue Ausbildungsvorbereitung ist ein Ganztagsangebot, dass sich curricular an den Rahmenbedingungen einer beruflichen Ausbildung orientiert.

4.2 Pilotierung der Berufsqualifizierung (BQ)

Das „Hamburger Ausbildungsmodell“ mit der Berufsqualifizierung (BQ) für Schulpflichtige, die trotz Ausbildungsreife keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, wird erprobt. Es soll den direkten Zugang in die berufliche Ausbildung ermöglichen, da das erste Jahr entsprechend den Anforderungen an einen dualen Ausbildungsberuf des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) und der Handwerksordnung (HWO) gestaltet wird. Die BQ wird ab August 2010 im Rahmen der Berufsfachschule für die beiden Ausbildungsberufe Restaurantfachfrau/-mann und Metallbauer/in erprobt.

4.3 Durchlässigkeit verbessern – höhere Schulabschlüsse durch die duale Ausbildung

Innerhalb von drei Jahren können Schülerinnen und Schüler zusätzlich zu einem dualen Ausbildungsabschluss die Fachhochschulreife erwerben. Mit der Umsetzung wird im Rahmen eines Schulversuchs im Schuljahr 2010/11 an vier berufsbildenden Schulen begonnen.

4.4 Staatliche Gewerbeschule mit neuem Angebot für Bäckerei-Azubis mit Fach- und Hochschulreife

Die Staatliche Gewerbeschule Ernährung und Hauswirtschaft (G 3) bietet zum neuen Schuljahr einen auf zwei Jahre komprimierten und zugleich inhaltlich vertiefenden Bildungsgang an, der in besonderem Maße zur Betriebsführung befähigt. Das Konzept sieht vor, leistungsstarke Auszubildende mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife in besonderen Klassen zu unterrichten.

4.5. Berufsausbildung UND Bachelor-Examen

Angehende Immobilienkaufleute haben ab Herbst 2010 das Angebot, sich parallel zu ihrer Berufsausbildung auf das Bachelor-Examen vorzubereiten. Hierzu kooperiert die Staatliche Handelsschule mit Wirtschaftsgymnasium Schlankreye (H 3) mit der Bochumer Fachhochschule EBZ Business School.

18. August 2010/bwf18

Künstler treffen Wissenschaftler

Erste Internationale Sommerakademie von Senatorin

Gundelach eröffnet

Das Internationale Sommerfestival Hamburg und die Professur für Theaterforschung/ Performance Studies der Universität Hamburg veranstalten in diesem Jahr mit Förderung durch die Körber-Stiftung erstmals eine Internationale Sommerakademie. Zehn Tage lang arbeiten angehende Künstler aus sechs Produktionen des Festivals sowie sieben Theoretiker mit 30 fortgeschrittenen Studierenden unter dem Titel „Performing Politics“ gemeinsam zusammen.

Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach hat die Internationale Sommerakademie heute gemeinsam mit den Initiatoren Prof. Dr. Nikolaus Müller-Schöll von der Universität Hamburg, Kampnagel-Intendantin Amelie Deuflhard, Matthias von Hartz vom Internationalen Sommerfestival und Dr. Klaus Wehmeier, Mitglied des Vorstands der Körber-Stiftung, offiziell eröffnet.

Die Grundidee der Akademie ist, durch gemeinsames Forschen, Lernen und Entwickeln den intensiven Austausch zwischen Wissenschaftlern und Sommerfestival-Künstlern und damit zwischen Theorie und Praxis zu fördern und diese Arbeit auf die Stadt und das Festival ausstrahlen zu lassen. In ihren Inhalten wird sich die Sommerakademie eng an die durch Gastspiele, Installationen und begleitende Veranstaltungen vom Festival umrissenen Themen anlehnen. Die Künstler, Wissenschaftlicher und Studierenden sollen gemeinsam ermitteln, wie die Verknüpfung von gesellschaftstheoretischen, politischen und philosophischen Fragestellungen mit künstlerischer Praxis überhaupt möglich ist, ohne dabei die Ansprüche der Kunst oder die Komplexität der Fragen zu reduzieren und bei Gesinnungskitsch oder einer am falschen Ort abgehaltenen Demonstration oder Schulstunde zu enden.

Wissenschaftssenatorin Dr. Gundelach: „Für mich ist die Internationale Sommerakademie ein hervorragendes Beispiel für das, was wir in der wissenschaftspolitischen Sprache gern

als „Transfer“ bezeichnen: der Austausch zwischen Theorie und Praxis. Er ist in Geistes-, Kultur- und Medienwissenschaften und der Kunst ebenso effektiv und gewinnbringend wie in den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Transfer braucht aber immer Menschen. Die Sommerakademie wird somit zu dem Ort, an dem Künstler, Wissenschaftler und Studierende in ihrer Kunst, in Ihrem Denken und in Ihrem Schaffen den Transfer realisieren können. Im Rahmen von Workshops, Diskussionen und Vorträgen kann so ein intensiver Austausch stattfinden, aus dem heraus dann Neues und sicher Spannendes entstehen wird. Mein ausdrücklicher Dank gilt den Initiatoren und Förderern dieses Projektes, denn nur durch ihre Ideen und ihre Unterstützung konnte die Internationale Sommerakademie ins Leben gerufen werden. Ich danke besonders der Körber-Stiftung für die Förderung dieses Projektes und ihr Engagement für die Belange der Wissenschaft insgesamt.“

Das öffentliche Programm besteht aus Künstlergesprächen und Vorträgen, in denen die Künstler des Festivals und die zur Akademie eingeladenen Wissenschaftler einem größeren Publikum ihre Positionen zu zentralen Fragen darstellender Kunst im Spannungsfeld zwischen politischer Intervention, Wirkungsabsicht und ästhetischem Anspruch vorstellen werden. In ihrem internen Teil bietet die Sommerakademie den angehenden Künstlern und fortgeschrittenen Studierenden die Möglichkeit zum Austausch mit Künstlern und Theoretikern.

Mehr Informationen zur Internationalen Sommerakademie gibt es unter: www.performing-politics.de

Für Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung,
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

Sommerakademie / Internationales Sommerfestival Hamburg, Kampnagel,
Tel.: 04 27094971, E-Mail: info@performing-politics.de

19. August 2010/bksm19

Tankstelle aus den 50er Jahren unter Denkmalschutz Relikt des Wirtschaftswunders in Rothenburgsort

Sie ist eine der letzten erhaltenen Tankstellen aus den 50er Jahren und anschauliches Zeugnis der Hamburger Verkehrsgeschichte: Die Tankstelle am Billhorner Röhrendamm 4, die am Rande des Großmarktgeländes liegt und 1953 für die Deutsche Benzol-Vertrieb GmbH errichtet wurde. Jetzt steht sie unter Denkmalschutz.



Nach Jahren anderer Nutzung soll die Anlage nun denkmalgerecht restauriert, reaktiviert und zu einer authentischen Anlauf-, Tank- und Prüfstation für Oldtimer-Liebhaber werden. Zu einem ersten Einblick mit Oldtimertreff und Imbiss laden die neuen Betreiber – die Piatscheck & de Boer GmbH - am Tag des offenen Denkmals ein (am 11. und 12. September von 11 bis 17 Uhr).

Der Gebäudekomplex umfasste ursprünglich eine Tankstelle mit vier vollautomatischen Säulen, ein Tankwarthaus mit Überdachung und eine Pflegehalle. Die Zapfsäulen sind inzwischen nicht mehr vorhanden. Die Gestaltung ist charakteristisch für den Tankstellenbau der 1950er Jahre: Die Langseiten sind großflächig verglast und an den Ecken abgerundet. Das Vordach wird von einer sogenannten Pilzsäule gestützt. Türen und Fenster besitzen feine Profile. Als Material dienen Beton, helle keramische Fliesen und Metall. Die Tankstelle wurde entworfen von den beiden Architekten Wilhelm Mastiaux und Ulrich Rummel.

Für Rückfragen:

Kristina Sassenscheidt, Denkmalschutzamt
Tel.: 040 – 428 63 3536, kristina.sassenscheidt@bksm.hamburg.de
oder
Dipl.-Ing. Alex Piatscheck, Kfz-Prüfstelle Brandshof OHG
Tel.: 0171-1477444

19. August 2010/jb19

Stolperstein für Dr. Franz Oppens vor dem Haus der Gerichte

Vor dem Haus der Gerichte am Lübeckertordamm in St. Georg wurde ein Stolperstein in Erinnerung an Dr. Franz Oppens verlegt.

Franz Johann Oppens wurde am 7. März 1876 in Hamburg geboren. Er studierte Rechtswissenschaften in München, Leipzig und Kiel, promovierte in Jena und absolvierte sein Referendariat in Hamburg. Anschließend hat er ganz unterschiedliche Aufgaben wahrgenommen bei der Staatsanwaltschaft, der Finanzdeputation und im hamburgischen Verwaltungsdienst; er war u.a. Leiter der Finanzamts St. Georg und Vorsitzender des Finanzgerichts beim Landesfinanzamt Unterelbe. Anfang 1933 wurde er zum Reichsfinanzrat beim Reichsfinanzhof in München ernannt. Da er trotz seines Übertritts zur evangelischen Konfession als „jüdisch“ galt, wurde er mit Ablauf des Jahres 1935 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.

Es wurde ihm nicht gestattet, zu seinem Sohn in die USA auszuwandern. Als „jüdischer Partner einer nichtprivilegierten Mischehe“ musste er die Ehemwohnung verlassen. Am 11. Mai 1944 wurde er von der Gestapo verhaftet und zwei Monate später am 28. Juli 1944 nach Auschwitz deportiert. Von dort ist er nicht zurückgekehrt.

Justizsenator Dr. Till Steffen hob in seiner Rede hervor: „Die Bronzetafel soll den Richterinnen und Richtern, die hier täglich vorbeigehen, ihre Verantwortung vor Augen führen, für unsere freiheitlichen und demokratischen Werte einzutreten und schon den Anfängen zu wehren. Die Gerichte waren seinerzeit Schauplatz dessen, wie jüdische Rechtsanwälte am Betreten der Gerichtsgebäude gehindert wurden, wie jüdische Richter und Staatsanwälte zwangsbeurlaubt, versetzt, pensioniert und entlassen wurden. Richter verurteilten jüdische Mitbürger wegen geringster Vergehen zum Tode. Es lässt sich nicht leugnen, dass die Justiz eine Stütze der nationalsozialistischen Diktatur war.“

Ein zweiter Stolperstein liegt vor dem früheren Wohnsitz von Herrn Oppens. Der Stolperstein hier soll daran erinnern, dass er beim Vorgängergericht des heutigen Finanzgerichts Hamburg tätig war. Damit soll er auch eine Warnung an die heute aktiven Richterinnen und

Richter sein. Er soll ein Stein des Anstoßes sein, um sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Peter Hess, von der Erinnerungs-Initiative Stolpersteine in Hamburg, sagte „Über 3.000 Stolperstein-Patenschaften der Bürger als Geschenk an ihre Stadt haben es ermöglicht, dass durch Gunter Demnig in Hamburg das größte dezentrale Kunstdenkmal entstanden ist.“

Anwesend waren mit Ursula Oppens und Maria Brandes auch zwei Enkelinnen von Dr. Franz Oppens.

Hinweis:

Ein Lebenslauf von Dr. Franz Oppens kann angefordert werden

Kontakt:

Volker Bulla, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4213328, E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

Terminkalender

Vom 23. August bis 29. August 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 23.08.2010

- 11:00** Schule Trenknerweg, Trenknerweg 136, 22605 Hamburg
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht ein Grußwort und erläutert die „**Schultüten-Aktion 2010**“, eine Gemeinschaftsaktion der Schulbehörde, der Polizeiverkehrslehrer und Hamburger Eltern unter dem Motto „Sichere Straßen für unsere Kinder“. Danach wird sie die „Schultüten“ an die Autofahrer verteilen um diese zum vorsichtigen Fahren anzuregen.
- 16:00** Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält im Rahmen des **Projektes „Buchstart“** ein Grußwort zur **Präsentation der CD „Gedichte für Wichte“** in Zusammenarbeit mit dem Verlag Hörcompany.

Dienstag, den 24.08.2010

- 17:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **9. Einbürgerungsfeier**.
- 19:00** Genius food manufactur GmbH, Bankstraße 28, 20097 Hamburg
Senator Axel Gedaschko spricht ein Grußwort auf einer **Abendveranstaltung der Firma „Genius-food“**.
- 19:30** Grand Hotel Elysée, Rothenbaumchausee 10
Bürgermeister Ole von Beust besucht die Feierlichkeiten anlässlich des **25jährigen Jubiläums des Hotel Elysée**.

Mittwoch, den 25.08.2010

- 10:00** Fach- und Tagesklinik STZ, Hummelsbüttler Hauptstr. 15
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung eines Eltern-Kind-Angebotes im Sucht-Therapie-Zentrum**.
- 19:00** Salon Privé des Restaurants „CARLS“, Am Kaiserkai 69
Staatsrat Bernd Reinert begrüßt im Rahmen eines Abendessens kanadische Experten, die anlässlich der **Veranstaltung „Healthy-Ageing in Canada“** in Hamburg zu Gast sind.

Donnerstag, den 26.08.2010

- 12:00** Gymnasium Rahlstedt, Scharbeutzer Str. 36
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht ein Grußwort und setzt den **Ersten Spatenstich zum Neubau einer Sport und Mehrzweckhalle am Gymnasium Rahlstedt**.
- 12:00** Handelskammer Hamburg
Senator Axel Gedaschko hält seine **Abschiedsrede vor den Vertretern der Hamburger Wirtschaft**.

- 14:15** Phönixsaal, Rathaus
Senator Dr. Till Steffen begrüßt die **Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Summer School der China-EU School auf Law.**
- 14:30** Rathaus, Turmsaal
Bürgermeisterin Christa Goetsch überreicht das **Bundesverdienstkreuz am Bande an Sabine Birr** für ihr soziales Engagement an der Schule: An der Seebek und für ihr persönliches Engagement als Diakonin im Rahmen der Nächstenliebe.
- Freitag, den 27.08.2010**
- 18:00** Abaton Kino, Allendeplatz 3
Staatsrat Dr. Nikolas Hill überreicht den **Hamburger Kinopreis 2010** (gemeinsam mit der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein).
- Samstag, den 28.08.2010**
- 10:00** Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke 4
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort auf dem **Senatsempfang anlässlich des Symposiums „50 Years of Intercultural Social Work“** des Council of International Fellowship in Deutschland e.V.
- 14:30** Innenhof des Rathauses
Senator Dietrich Wersich begrüßt die Besucherinnen und Besucher des **Hamburger Familientages 2010.**
- 15:30** Klein Borstel, Bühne Kornweg/Tornberg, 22337 Hamburg
Staatsrat Dr. Manfred Jäger spricht anlässlich des **60jährigen Bestehens des Heimatvereins Klein Borstel** auf dem dort stattfindenden Dorffest ein Grußwort.
- Sonntag, den 29.08.2010**
- 14:30** Magellan Terrassen Großer Grasbrook
Staatsrat Dr. Manfred Jäger besucht den **Jever Stand Up Paddling World Cup und übernimmt die Siegerehrung.**
- 18:00** Saal der Laeiszhalle, Johannes-Brahms-Platz 1
Staatsrat Dr. Manfred Jäger spricht ein Grußwort anlässlich des **Wettbewerbs „Tonali Grand Prix“ mit anschließender Preisverleihung.**